

AUSZUG

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der 18. Sitzung der

XX. Gesetzgebungsperiode

des

Burgenländischen Landtages

10.09 Uhr - 19.18 Uhr

Donnerstag, 20. Oktober 2011

Tagesordnung

1.

2. *Gemeindewahlordnungsnovelle 2011*

3.

4.

5.

6.

7.

8.

9.

10.

11.

12.

13.

14.

15.

Verhandlungen

Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 297), mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011) (Zahl 20 - 186) (Beilage 318)

Berichtersteller: Mag. Thomas Steiner (S. 2191)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2206)

2. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf (Beilage 297), mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011) (Zahl 20 - 186) (Beilage 318)

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 300) betreffend die effektive Bekämpfung von Wahlbetrug (Zahl 20 - 189) (Beilage 319)

Präsident Gerhard Steier: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da der 2. und 3. Punkt der Tagesordnung in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen, schlage ich eine gemeinsame Behandlung vor.

Es soll demnach zuerst die getrennte Berichterstattung über den 2. und 3. Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Debatte durchgeführt werden. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, mein Vorschlag gilt somit angenommen.

Berichterstatter zum 2. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 297, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011), Zahl 20 – 186, Beilage 318, ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Thomas Steiner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011), in ihrer 12. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 12. Oktober 2011, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug des von mir gestellten Abänderungsantrages ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011) unter Einbezug der von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Berichterstatter.

In Fortsetzung ersuche ich gleichzeitig Herrn Abgeordneten Mag. Thomas Steiner um seinen Bericht zum 3. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung, Beilage 300, betreffend die effektive Bekämpfung von Wahlbetrug, Zahl 20 - 189, Beilage 319.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Mag. Thomas Steiner: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die effektive Bekämpfung von Wahlbetrug in seiner 11. Sitzung, am Mittwoch, dem 12. Oktober 2011, beraten.

Nachdem ich zum Berichterstatter gewählt worden war, stellte ich den Antrag, den gegenständlichen EntschlieÙungsantrag zur verfassungsmäßigen Behandlung dem Landtag zuzuleiten und dem Antrag im Landtag abzulehnen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde mein Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Daher stellt der Rechtsausschuss den Antrag, der Landtag wolle seinen Bericht, wonach der selbständige Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, Ilse Benkö und Gerhard Kovasits aus Fassung einer EntschlieÙung betreffend die effektive Bekämpfung von Wahlbetrug abgelehnt wird, zur Kenntnis nehmen.

Danke Herr Berichterstatter. Ehe ich dem ersten Redner das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Manfred Kölly das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Manfred Kölly (LBL): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich heute die Medien durchgelesen habe und da steht, eine Marathonsitzung ist heute wieder angesagt, sage ich, drei Monate haben wir halt keine Sitzung gehabt, ich würde bitten, vielleicht nachzudenken, dass man auch mit einem Monat Genüge getan hätte, mit Ferien oder wie sie auch immer bezeichnen wollten, das Ganze abzuwickeln. Heute haben wir wirklich viele Punkte aber wir werden uns und ich hoffe, auch alle Kollegen kurz halten.

Ich glaube, das ist auch wichtig, dass das einmal angemerkt wird. Ich möchte noch auf die Fragestunde eingehen, auf ein paar Punkte, wenn heute gefragt wurde, ob wir einen Untersuchungsausschuss doch für die BEWAG vielleicht anstreben sollten, das wird alles so dahingestellt, passiert ist eh nichts und es wird schon der Aufsichtsrat das überprüfen und richtigstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So kann es nicht sein. Daher muss Klarheit herrschen und meine Kollegen und ich aus den Fraktionen der Opposition werden hoffentlich auch dahinter stehen, dass wir hier einen Antrag einbringen werden, einen Untersuchungsausschuss einzuleiten. Ich bin auch überzeugt davon, wenn sich der Herr Landeshauptmann und Landeshauptmann-Stellvertreter herstellen und so tun, es ist eh alles in Ordnung, aber dort ist halt ein bisschen was link gelaufen, von zwei Personen, das kann es nicht sein.

Ich glaube, dass es aber wichtig ist, und was heute auch in der Fragestunde auch klar und deutlich zum Ausdruck gekommen ist, dass vieles in diesem Land in Richtung Energiepolitik den richtigen Weg nimmt, muss aber klar und deutlich dazu sagen, wenn man eine Allianz bildet, eine Energieallianz, dann muss man abwarten, bis ein Ergebnis herauskommt. Und nicht so, wie es bei Rot und Schwarz ist, dass in Gemeinden Flugzetteln verteilt werden, jetzt können wir prassen, jetzt bekommen wir viel Geld, wo Gasleitungen oder Anteile vorhanden sind.

Ich sehe das bei mir in Deutschkreutz. Bei uns ein Blatt, da schreiben sie mir vor als Bürgermeister, was ich jetzt schon alles machen kann, mit diesem vielen, vielen Geld. Dann höre ich, in Purbach werden Zetteln verteilt, überall anders werden auch Zetteln verteilt, was man alles macht. Ich finde das nicht für in Ordnung, dass man die Bevölkerung verunsichert.

Ich sage eines. Es ist nichts abgeschlossen. Es wird auch nicht so schnell abgeschlossen sein, denn es sind viele Fragen offen. Bei der Fragestunde wurde nur eine Frage gestellt. Es gibt noch andere Fragen, die wir als Mitteilhaber oder Mitaktien oder beziehungsweise Anteilen an der BEGAS sehr wohl was mitreden wollen, können und dürfen. Ich glaube, dass das auch entscheidend ist.

Und wenn dieser Zusammenschluss tatsächlich kommt, ich begrüße ihn, das habe ich schon vorher erwähnt, dann sollte auch der Rechnungshof schon mit dabei sein, um das Ganze zu überprüfen, dass im Nachhinein nicht wieder einmal mehr die Diskussion entsteht, na ja, das haben wir übersehen und das und das ist passiert.

Daher glaube ich, dass es wichtig ist, hier auch den Rechnungshof mit hineinzunehmen und eines darf man auch nicht vergessen, wenn man energieautark werden will, in zwei Jahren total, dann sollte man auch andere Alternativen andenken.

Ich habe mein Projekt Wasserstofferzeugung vorgestellt, dann Umwandlung in Biogas. Ich glaube auch, das sollte man ernst nehmen und diskutieren. Aber ich komme jetzt zum eigentlichen Tagesordnungspunkt Gemeindevahlordnung und Wahlbetrug.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir diese Diskussion führen müssen, dann wäre das meiner Meinung nach schon vor fünf oder zehn Jahren nötig gewesen, dass man solche Diskussionen eigentlich führen soll. Aber da wurde ja das Land wie üblich Rot und Schwarz aufgeteilt, da hat der schwarze Bürgermeister und der rote Bürgermeister das Ganze abgewickelt und schlussendlich ist es dann zu einem Eklat bei der Landtagswahl gekommen.

Ich denke, auch hier sollte man klipp und klar sagen, dass bei diesen Verhandlungen, und ich muss ein Lob aussprechen dem Landeshauptmann-Stellvertreter, dass so schnell und so rasch gegangen ist, dass wir uns auf Punkte einigen konnten. Das muss man klar sagen, dass auch Punkte andiskutiert wurden, die vielleicht nicht immer gängig waren und zwischen den Abgeordneten und den Verantwortlichen. Und schlussendlich wurde dann doch konkret einiges hineingenommen, das ich nur begrüßen kann und auch dementsprechend unterstützen kann.

Dass es immer wieder Wahlbetrug oder andere Betrugsarten geben wird, das wird wahrscheinlich zu 100 Prozent nicht ausschließbar sein. Aber ich denke auch, und auch mein Vorschlag, ich weiß nicht wie die Kollegen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister darüber denken, dass der Bürgermeister nicht Wahlleiter sein sollte, um hier nicht der Gefahr ausgesetzt wird, wie in der Vergangenheit, selber irgend solche Aktionen zu machen wie sie passiert sind.

Ich glaube, dieser Ansatz wäre auch meiner Meinung nach hineinzuschreiben gewesen, aber gut, vielleicht beim nächsten Mal. Ich hoffe, dass in der nächsten Zeit solche Dinge absolut nicht passieren, dass hier Wahlfälschungen auftauchen können.

Wenn die Kollegen von den Grünen und von der FPÖ meinen, da können wir nicht mit stimmen, ich verstehe schon, wenn man keine Gemeinde führt oder wenn man nicht drinnen sitzt, hat man andere Ansichtspunkte, aber es muss klar sein, dass eine Wahlkarte, meiner Meinung nach, klar und deutlich ausgefüllt werden muss, klar und deutlich ausgewiesen werden muss mit Ausweisen und dergleichen und das ist hier alles, meiner Meinung nach, einmal festgehalten worden.

Dazu stehe ich auch, jedoch eines muss auch im Vorfeld gesagt werden. Es ist noch immer der Parteiproporz überall in den Gemeinden vorhanden. Daher wäre es sinnvoll, dass wir unabhängige Leute installieren, die wirklich die Verantwortung tragen. Zwei Personen in den Gemeinden, die müssen Verantwortung tragen, die müssen dafür richtigstehen und gerecht das Ganze abhandeln und auch zur Verantwortung zu ziehen sein.

So macht der Bürgermeister anscheinend doch noch die ganze Sache weiter und das, glaube ich, sollte man wirklich überdenken. Ich glaube, dass es aber auch ganz klar und deutlich zum Ausdruck kommt, dass solche Betrügereien natürlich nicht Tagesgeschäft sind. Das muss man auch einmal klar gesagt haben. Das ist ein Einzelfall, meiner Meinung nach, oder was passiert so eigentlich nicht passieren darf und sollte. Daher muss man so weit wie möglich hier bei dieser Gemeindewahlordnung, aber auch bei der Landeswahlordnung, genauso vorsichtig damit umgehen und klarstellen, dass die Möglichkeit so klein und so gering wie möglich gehalten werden muss.

Ich glaube auch, dass es andere Möglichkeiten geben sollte, Änderungen in der Gemeindeordnung insgesamt, dass man auch die noch einmal klar und deutlich zerlegt und auch diskutiert, damit unsere Kommunen selbstbestimmt und näher beim Bürger, aber auch wirtschaftlich effizienter arbeiten können.

Ich glaube, das ist auch ein Ansatz, den ich mit einbringen will, und dass natürlich unsere ganzen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinden selbstverständlich zu Schulungen gehen sollten und müssten, sogar verpflichtend, um solche Dinge eigentlich zu hinterlesen, zu hinterfragen und auch öffentlich klar und deutlich, dass sie sich dementsprechend auch auskennen.

Auch die Herren Gemeinderäte, aber auch die Bürgermeister sollten zu Schulungsmaßnahmen gezwungen werden, sage ich schon fast, weil es notwendig ist, weil sich meiner Meinung nach viele nicht hineingelesen haben oder vielleicht das nicht verstehen und einfach dort sitzen und das Ganze als einfaches Abhandeln sehen.

Ich denke, das gehört auch dazu. Ich bin überzeugt davon, dass dieses Gesetz ein richtiger und wichtiger Schritt ist. Verbesserungen können immer vorgenommen werden, aber ich glaube, dass jetzt der erste Schritt einmal getan ist. Danke schön!

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter Kölly. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Michel Reimon, MBA. Ich erteile ihm das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Michel Reimon, MBA (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kleine Fehler können immer passieren. Mir ist einer beim Ausschicken der Rednerliste passiert. Ich werde nicht dagegen stimmen, sondern zustimmen, weil der Punkt, den ich eingefordert habe, ja drin ist, dass Leute, die

eine Wahlkarte beantragen, auf jeden Fall per RSa-Brief verständigt werden, persönlich zu Händen.

Das war mir aus dem Grund wichtig, weil alles andere, was abgeklärt wird, setzt immer voraus, dass sich jemand korrekt verhält und jemand, der Wahlbetrug macht, verhält sich dann eben nicht korrekt und alleine das Einzige, was sicherstellt, aus meiner Sicht, dass kein Wahlbetrug vorliegt, ist, dass jemand, der angeblich eine Wahlkarte beantragt hat, auch darüber verständigt wird.

Das wird bei den meisten Menschen, nehme ich mal an, zu Stirnrunzeln führen. Die kommen auf das Gemeindeamt, holen eine Wahlkarte ab und kriegen dann noch einen RSa-Brief und werden sich denken, na, das haben sie notwendig. Aber das ist eben für den Fall, dass nur behauptet wurde, dass jemand aufs Gemeindeamt geht und das beantragt hat, halte ich für etwas umständlich, aber dafür für sehr sicher und deswegen werde ich auch zustimmen. Das ist mir sehr wichtig.

Aber eines muss man schon auch sagen, es ist eine ganz kleine Reparatur, zu der wir hier kommen. Irgendwie hat es ein bisschen einen Symbolcharakter, dass wir das an dem Tag beschließen, an dem in Wien die Berufungsverhandlung vom Kollegen ist, der Auslöser für die Reparatur eines Gesetzes ist. (*Abg. Christian Illredits. Der Termin war ausgemacht.*) Ach so! Ja! (*Heiterkeit des Abg. Michel Reimon*) Wow, habt Ihr einen Einfluss auf das Justizsystem. Haben wir das protokolliert? - Nein, im Ernst!

Es ist gut, dass wir solche Fälle reparieren. Wir sollten es auch auf Landesebene tun und wir sollten aber viel weiter gehen, das wäre mein Wunsch. Wir reden schon wieder fast vor leeren Tribünen. Ich habe das beim Budgetlandtag vor nicht einmal einem Monat auch kritisiert. Ich habe den Eindruck, dass das demokratische System Landtag ziemlich ausblutet und ziemlich ausrinnt und immer weniger ernst genommen wird als solches.

Ich glaube, wir sollten uns wirklich alle zusammensetzen, schauen, wie wir zu einer Demokratiereform kommen. Da tut sich auch im Bund einiges. Das kann aus meiner Sicht durchaus dazu führen, dass wir uns auch selbst in Frage stellen müssen, alles Mögliche auf Landesebene noch entschieden werden in der Landesgesetzgebung. Ich bin da kein so großer Freund davon.

Beim Glücksspiel werde ich das auch noch einmal erwähnen. Warum Bundesländer sich gegenseitig konkurrenzieren müssen, weiß ich nicht. Die Begründung, die von der Regierung kommt, rundherum wird gespielt, deswegen spielen wir auch, ist genau dieses Problem. Wenn wir das bundesweit einheitlich regeln könnten, wäre uns allen viel mehr geholfen.

Fazit, wir sollten jetzt nicht bei einer kleinen Reform der Gemeindewahlordnung, die gut und notwendig ist, stehen bleiben, sondern ich würde anregen, dass wir uns wirklich hinsetzen und eine Landtagsdemokratiereform im Burgenland andenken und das vielleicht auch weitergeben an den Bund.

Wir sind jetzt vier Jahre von der nächsten Wahl entfernt. Wenn wir drei Jahre verschlafen, bringen wir nichts mehr zusammen. So etwas geht nur in einer ruhigen Zeit. Es wäre wirklich interessant. Wie kommen wir zu mehr Bürgerinitiativen, zu mehr Bürgerbegehren, zu mehr Volksabstimmungen, und, und, und?

Wie bringen wir die Leute dazu, dass sie da oben sitzen und mitfiebern bei dem, was wir da unten diskutieren? Weil so, wie es im Moment läuft, ist es irgendwie ein bisschen selbstbeschädigend für uns und das wäre schade, weil es ja immerhin um das demokratische System geht. Ich glaube, da sollten wir alle an einem Strang ziehen.

Vielleicht kommt eine Einladung, weiß nicht, wer zuständig ist in der Landesregierung, aber es müssten sowieso alle an einem Strang ziehen, dass man Parteiengespräche macht. Fünf Parteien, die versuchen, das lebhafter, lebendiger und besser für uns alle zu machen. Danke.

Präsident Gerhard Steier: Danke Herr Abgeordneter Reimon. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Abgeordneter Johann Tschürtz.

Bitte Herr Klubobmann, Sie sind am Wort.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es war mir klar, dass die Grünen der Gesetzesvorlage zustimmen, nachdem die Grünen das Mandat nach der Auszählung der Briefwahlkarten ja doch noch erreicht haben. Also kann ich mir schon vorstellen, dass natürlich die Grünen schon für die Möglichkeit der Wahlkarten sind.

Aber leider wurde die Forderung der roten Arbeiterkammer nicht ernst genommen. Mit allem Nachdruck hat sich die Arbeiterkammer für einen zweiten Wahltag eingesetzt. Also die SPÖ-Vorfeldorganisation hat sich für einen zweiten Wahltag eingesetzt. (*Abg. Christian Illedits: Was?*)

Mit dem geänderten Gesetzentwurf ist ein Wahlbetrug natürlich nicht auszuschließen. Das ist klar, absolut nicht auszuschließen. Und die einzige Möglichkeit wäre ein zweiter Wahltag, wofür sich die rote Arbeiterkammer, der rote Arbeiterkammerpräsident, ganz klar und eindeutig ausgesprochen hat.

Wenn man sich den Kostenfaktor ansieht, ist ja meistens immer die Rede davon, dass das ja zu viel kostet, wenn man einen zweiten Wahltag hätte. Dann sind die Kosten ehrlich verschwindend gering, denn die Parteien stellen die Wahlzeugen, das heißt, die kosten kein Geld, wenn man einen zweiten Wahltag hat. Der zweite Wahltag bräuchte ja nicht zehn oder zwölf oder acht Stunden lang stattfinden, sondern es würden drei oder vier Stunden genügen.

Auch die Bediensteten, wenn sie Überstunden für drei oder vier Stunden bekommen, und das alle fünf Jahre, wenn eine Wahl ist, dann ist das der Lächerlichkeit preisgegeben. Es entstehen auch keine Kosten für einen Bürgermeister oder für einen Vizebürgermeister. Das heißt, der Kostenfaktor ist nicht wirklich das, wo man sich seitens der SPÖ und der ÖVP festgehalten hat. (*Abg. Manfred Kölly: Bring einen Antrag ein und dann schauen wir es uns an!*)

Was für ein Antrag? (*Abg. Manfred Kölly: Für einen zweiten Wahltag.*) Na ja, das hat es ja zu den Parteienverhandlungen gegeben. (*Abg. Christian Illedits: Hat er eh eingebracht.*) Deshalb diskutieren wir ja jetzt das Gesetz, höchstens wir setzen uns zusammen, noch einmal. Dann brechen wir jetzt ab und setzen uns noch einmal zusammen. Das wäre eine Möglichkeit, nicht? (*Abg. Christian Illedits: Wir stimmen ab und dann setzen wir uns eh wieder zusammen.*) Gut, okay. Spaß wieder bei Seite. Kommen wir wieder zum Ernst zurück. Na ja, das ist ja wirklich ein witzige Anfrage.

Es muss also andere Gründe geben. Es muss definitiv andere Gründe geben. Ich glaube schon, dass diese Gründe die Mobilisierungsgründe sind, wo natürlich ÖVP und SPÖ mehr Möglichkeit der Mobilisierung der Wähler in Bezug auf Briefwahlkarten hat als natürlich die Opposition. Davon sind die Grünen ausgenommen, die schon immer bei den Wahlkarten ein besseres Ergebnis erzielt haben als bei der direkten Wahl im Wahllokal.

Mir scheint es so, als hätte man den Wahlbetrug beinahe vergessen, denn dieser Wahlbetrug hat doch einiges ausgelöst. Es geht ja nicht nur darum, dass 16 Wahlkarten

gefälscht wurden, sondern es geht definitiv darum, dass auch, und das erwähne ich noch einmal, weil es so wichtig ist, der rote Arbeiterkammerpräsident, der SPÖ-Arbeiterkammerpräsident, mit allem Nachdruck einen zweiten Wahltag gefordert hat. Das kann man nicht oft genug erwähnen.

Die Arbeiterkammer, glaube ich schon, hat einen sehr guten Stellenwert im Land. Die Arbeiterkammer leistet auch vernünftige und gute Arbeit. Deshalb sollte man oder hätte man diesen Vorschlag sehr ernst nehmen sollen.

Die Korruptionsbekämpfung muss obere Priorität haben, wir, die Freiheitliche Partei, hat sogar eine Spaltung in Kauf genommen, weil es im Korruptionssumpf einige gegeben hat, die hier sehr tätig waren. Und das hat man nicht zugelassen. Das heißt, es hat eine Spaltung der FPÖ gegeben, weil man damals schon erkannt hat, dass sich sehr viele auf Korruptionsbeinen bewegen.

Wichtig ist natürlich die Aufarbeitung dieser Skandale und daher braucht man auch den Blick nach vorne. Deshalb muss man natürlich auch den Inseratenskandal der SPÖ aufdecken, denn es tauchen immer mehr und mehr Einzelheiten auf, wo der Herr Minister Faymann sehr aktiv geworden ist.

Mich selbst würde auch interessieren, wie oft im Burgenland die SPÖ interveniert oder massiv interveniert. Aber ich weiß schon, und das ist völlig in Ordnung, dass sich Journalisten hier natürlich nicht äußern dürfen oder äußern können.

Aber vielleicht gibt es einmal einen Journalisten, welcher nichts mehr zu befürchten hat und der definitiv dann davon spricht, dass man Seiten und auch die Berichterstattung ändern musste, weil es massive Interventionen gegen hat.

Das muss man schon klar und deutlich auch ansprechen. Teilweise ist ja die Abhängigkeit auch zu verstehen. Man muss sich vorstellen, dass im Burgenland der Herr Landeshauptmann, also der SPÖ-Chef im Burgenland, massives Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung des Sicherheitsdirektors, bei der Besetzung des ORF-Direktors hat. Das muss man sich einmal vorstellen. bei der Besetzung des ORF-Direktors, das muss man sich einmal vorstellen, hat der SPÖ-Chef ein massives Mitbestimmungsrecht.

Da ist es dann natürlich nicht verwunderlich, wenn es hier im Bereich des Journalismus auch schon zur inneren Angst kommt. Was soll man dazu noch sagen? (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Dieser Schuss kann allerdings durchaus auch nach hinten losgehen. Aber, wie ich heute gehört habe und das konnte ich fast schon ahnen, dass der Herr Hochegger davon gesprochen hat, dass nicht nur diese Korruptionswahnsinnigen, die jetzt beim BZÖ sitzen, sondern auch noch Rote und Grüne beteiligt sind. (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Auch Blaue!*) Deshalb hat es die Spaltung gegeben.

Ich bin neugierig, wenn sich die ÖVP dann auch spaltet, da bin ich neugierig, ob Ihr Euch das auch traut, denn den KHG haben wir Euch auch gegeben. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Der Herr Finanzminister, den habt ohnehin Ihr gehabt. Den habt Ihr doch genommen, diesen Korruptionsobermenschen. Aber, das ist genau das. Aber, wir haben auch nicht davor zurückgeschreckt, hier aktiv zu werden und auch selbst Hand anzulegen.

Ich sage den Abgeordneten des Hohen Hauses, wir bräuchten ein anderes Presseförderungsmodell für Parteien, wo Einschaltungen berechenbar sind und wo es keine Abhängigkeit gibt, sondern, wo definitiv auch die Einschaltungen - vielleicht nach der Stärke entsprechend - durchgeführt werden können. (*Zwiegespräche in den Reihen*)

der Abgeordneten) Das wäre eine gerechte Geschichte und dann würden auch die Journalisten nicht so sehr unter Druck kommen.

Wir sind für die Bürger da und nicht umgekehrt. Deshalb haben wir heute auch zu diskutieren, wie bestmöglich Wahlbetrug hintangehalten werden kann.

Oder - das ist ja auch nicht uninteressant - wenn wir uns die „90-Jahre-Burgenland“ Feier in Wien anschauen, wo die VIPs - der Herr Niessl und der Herr Illedits - natürlich auch mit Sekt und mit Bier im VIP-Bereich angestoßen haben. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Burgenländerinnen und Burgenländer, die in Wien waren, sind teilweise in der Kälte gestanden und mussten für ein Bier 5 Euro zahlen. Die haben sich sicherlich darüber sehr gefreut, wenn man mit Sektgläser natürlich im VIP-Bereich angestoßen hat.

Man hat auch davon gesprochen, dass es keinen Wein mehr gegeben hat. Das stimmt nicht, denn es wurden hunderte Flaschen Wein ins Burgenland zurückgeschickt. Man hat sich, sozusagen, von Niederösterreich kurzfristig den Wein geholt. Aber, ich weiß ganz sicher, dass hunderte Flaschen zurückgeschickt wurden. Aus welchem Grund auch immer. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Sogar Bier wurde wieder zurückgeschickt. Aber, wie die Organisation stattgefunden hat, das hat mich nicht zu interessieren. Eines steht auf jeden Fall wirklich fest, dass dort die Abgehobenheit der Politiker schon herausragend war. Die einen waren VIPs und die anderen hatten für ein Bier 5 Euro zu bezahlen. *(Abg. Matthias Weghofer: Der Franz Steindl war beim Volk! Das musst du schon dazusagen!)*

Der Franz Steindl war beim Volk. Das weiß ich nicht, ich habe ihn nicht daneben gesehen, aber er wird wahrscheinlich vorher auch im VIP-Bereich gewesen sein. Kann sein. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Das heißt, der Franz Steindl war nicht im VIP-Bereich? *(Abg. Matthias Weghofer: Ganz kurz!)* Ganz kurz nur! In Ordnung!

Zurück zur Gemeindewahlordnung. Leider gibt es auch keine Regelung bezüglich der Vernichtung der Abstimmungskarten. Die gibt es nicht. Man hat den § 105 im Verhandlungsweg jetzt schnell wieder herausgenommen.

Vorher hat man einen Passus vermerkt gehabt, dass unmittelbar nach der Wahl die Wahlkarten zu vernichten sind. Anstatt dass man einen Passus hinein gegeben hätte, wo man gesagt hätte, die Wahlkarten sind ein Jahr aufzuheben, hat man einfach den ganzen 105er aus der Diskussion herausgenommen. Jetzt kann jeder schalten und walten wie er möchte.

Jetzt ist das so, wie vorher. Das heißt, es gibt keine Regelung, dass Wahlkarten aufgehoben werden müssen. Die gibt es einfach nicht. Aber, über das sieht anscheinend nicht nur der Herr Reimon hinweg, sondern auch der Abgeordnete Kölly.

Positiv zu vermerken ist die Anregung der Opposition, muss ich sagen, da hat der Herr Reimon doch diese Anregung mit allem Nachdruck vorgebracht. Auch von mir, oder insgesamt die Opposition hat diese Anregung dann mit aller Kraft vorgetragen.

Man muss sagen, dass diese Anregung sehr positiv aufgenommen worden ist. Das hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter als Verhandlungsleiter sehr wohlwollend aufgenommen. Es geht dabei, dass die RSA-Pflicht nun auch bei den Bevollmächtigten und Boten vorgesehen ist und durchgeführt werden muss. Das ist wirklich positiv anzumerken.

Ein Missbrauch wird aber auch hier nicht auszuschließen sein. Wie gesagt, die einzige Möglichkeit, die es geben würde, um einen absoluten Missbrauch zu verhindern, wäre ein zweiter Wahltag.

Wir Freiheitlichen haben uns mit aller Kraft für einen zweiten Wahltag eingesetzt. Wir haben dabei einen guten Partner, nämlich, die Arbeiterkammer Burgenland. Das freut mich sehr. Eines ist in Bezug auf die gesamte Diskussion Wahlbetrug natürlich auch zu vermerken, nämlich, dass wir einen Antrag eingebracht haben, wo der Verfassungsgerichtshof mit der Landtagswahlordnung beschäftigt werden soll.

Ich finde das wirklich sehr hochnäsiger, nicht nur von der SPÖ, sondern auch vom Anhängsel, der ÖVP. Ich finde das sehr hochnäsiger, dass man den Verfassungsgerichtshof mit der Landtagswahl nicht beschäftigen möchte, weil man sagt, es ist ohnehin alles „wurscht“, egal was da passiert.

Hat es eben ein bisschen einen Wahlbetrug gegeben. Es hat das Vorzugsstimmenmodell gegeben, wo die Vorzugsstimme die Parteistimme schlägt, obwohl es eine Abstimmung ist, welche Partei in den Landtag einzieht. Da gibt es einige Rechtsmeinungen. Da gibt es sehr viele Rechtsmeinungen von Universitätsprofessoren, die sagen, das ist unmöglich. Wenn der Verfassungsgerichtshof die Möglichkeit bekommen würde, das hier zu überprüfen, würde die ganze Landtagswahlordnung fallen.

Aber, man versteckt sich hier, seitens der SPÖ und ÖVP und ist absolut nicht bereit, dem Verfassungsgerichtshof diese Landtagswahlordnung zur Kenntnis zu bringen. Das wundert mich wirklich und das stimmt mich etwas traurig, muss ich sogar sagen. Denn die Bekämpfung der Korruption und der Misswirtschaft müsste absolute Priorität haben. Das ist jetzt nicht der Fall, weil man einfach darüber hinweg sieht.

Ich sage Ihnen: Wir Freiheitliche räumen auch in der eigenen Partei auf. Wir Freiheitliche haben eben Mut zur Wahrheit. Wir Freiheitlichen haben eben den Mut zur Veränderung, wenn man bedenkt, dass das Kindergeld ohne die FPÖ nie gekommen wäre.

Früher hat es ein Karenzgeld gegeben. Das heißt, wenn eine Mutter nicht berufstätig war und ein Kind bekommen hat, hat sie keinen einzigen Groschen bekommen, keinen Schilling bekommen. Durch die FPÖ gibt es das Muttergeld und das ist uns auch sehr wichtig. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Auch der kostenlose Kindergarten. Da hat man die Freiheitliche Partei seitens der SPÖ wirklich herablassend behandelt. Ich kann mich noch an die fünf oder sechs Anträge erinnern, die wir eingebracht haben.

Da hat man immer davon gesprochen: Ihr Freiheitlichen, mit euch kann man doch gar nicht reden. Faktum ist, dass die SPÖ dann eben einige Zeit später diesen kostenlosen Kindergarten zur Umsetzung gebracht hat.

Ich sage Euch eines, es ist wichtig, eine Freiheitliche Partei zu haben. Aber, bei solchen Gesetzesänderungen können wir nicht mitgehen. Ich würde sagen, drehen wir die Geschichte um. Wir sollten vom linken Abenteuer auf den rechten Weg kommen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner ist Herr Landtagsabgeordneter Ing. Rudolf Strommer zu Wort gemeldet.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren heute die Novelle der Gemeindewahlordnung, ohne dass es bei der letzten Gemeinderatswahl einen Anlassfall gegeben hätte. Das, was meine Vorredner da in die Diskussion mit eingebracht haben, waren keine Vorkommnisse bei einer Gemeinderatswahl.

Denn bei einer Gemeinderatswahl haben wir doch schon bisher festgelegt, dass am Wahlabend mit dem Schließen des Wahllokals alle Wahlkarten da sein müssen. Dass hier auch eben ein fix-fertiges Ergebnis da ist. Das, was hier angesprochen wurde, hat bei einer Gemeinderatswahl nie stattgefunden, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Wir haben heute die Aufgabe, das zu diskutieren und auch zu beschließen, was der Bundesgesetzgeber uns in fünf Punkten mitgeteilt hat, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar, dass der Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl als zuständiges Regierungsmitglied, das in eingehenden Parteienverhandlungen mit allen im Landtag vertretenen Parteien erörtert hat. Es waren fünf Probleme, die es zu lösen galt. Nämlich, der Bundesgesetzgeber hat die Wahlausschließungsgründe für das aktive und das passive Wahlrecht neu geregelt. Das mussten wir übernehmen.

Das geltende Layout der Wahlkarten entspricht nicht dem Datenschutzgesetz. Das hier dann Handlungsbedarf gegeben war, meine sehr geehrten Damen und Herren, lag auf der Hand. Der nächste Punkt war, dass die geltende Rechtslage keine eindeutige Regelung betreffend die Ausfolgung, oder Übermittlung von Wahlkarten vorsieht, was zu Rechtsunsicherheiten geführt hat.

Über diesen Punkt haben wir sehr eingehend gesprochen und sehr eingehend debattiert. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)* Wir haben schlussendlich einen Konsens gefunden, der über alle Parteien, auch bei der FPÖ - wenngleich aus anderen Gründen hier nicht zugestimmt wird - aber dieser Punkt, mit den Wahlkarten, den hatten wir doch auch fix fertig ausdiskutiert, wo alle im Landtag vertretenen Parteien schlussendlich mitkonnten.

Den Grund, warum die FPÖ nicht mitstimmt, hat der Kollege Tschürtz vorhin dargelegt, nämlich, weil er eine zusätzliche Regelung mit einem zweiten Wahltag wollte. *(Abg. Johann Tschürtz: Habe ich auch so gesagt.)* Ja, ich habe das genauso formuliert.

Der vierte Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, lag auch in einer Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Durch das eingetragene Partnerschaftsgesetz wurde die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft durch gleichgeschlechtliche Paare möglich. Durch die damit im Zusammenhang stehende Änderung des Namensänderungsgesetzes haben diese Personen die Möglichkeit, einen gemeinsamen Nachnamen zu führen. Aber, die Gemeindewahlordnung 1992, die derzeit in Kraft ist, kennt den Begriff des Nachnamens nicht.

Der letzte Punkt, wo uns die Bundesregelung etwas vorgegeben hat, war die Bestimmung über das Rückeinlangen der Wahlkarten. Die Nichtigkeitsgründe der Gemeindewahlordnung 92 weichen von den Regelungen in der Landtagswahlordnung 95 ab. Da gab es mehrere Möglichkeiten, sich dem entsprechend zu nähern und diese neue Situation zu diskutieren. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir haben vereinbart, dass wir die Regelungen auf Bundesebene abwarten und sind jetzt ganz konstruktiv an die Lösung dieses Problems herangegangen. Nämlich, der erste Punkt - Anpassung der Wahlausschließungsgründe an bundesgesetzliche Vorgaben.

Der zweite Punkt - Anpassung des Wahlkartensystems an die Anforderungen des neuen Datenschutzgesetzes. Eine Festlegung klarer Regeln für die Ausfolgung und Übermittlung von Wahlkarten. Das haben wir sehr eingehend debattiert. Für mich ist der wesentliche Teil, dass, wenn Wahlkarten per Boten zugestellt werden, dass es sich dabei um „unverdächtige Personen“, nämlich, Gemeindebedienstete oder Bedienstete eines Gemeindeverbandes handelt.

Das war für uns eine sehr wichtige Festlegung, die wir auch über die Parteien hinweg klar festgelegt haben. Es war die Implementierung des Begriffes „Nachnahme“ in der Gemeindewahlordnung 92 notwendig und die Anpassung der Bestimmungen über das Rückeinlangen von Wahlkarten und die Nichtigkeit von Wahlkarten, wie in der Landtagswahlordnung, ist auch erfolgt.

Das ist geschehen und wir konnten einen Konsens über alle Parteigrenzen hinweg erreichen und so ein modernes Wahlrecht für die Gemeindewahl, für die nächste, kommende Gemeinderatswahl, Bürgermeisterwahl hier vorlegen. Ich gehe davon aus, dass es heute mit hoher Zustimmung hier beschlossen wird. Die nächste Aufgabe wird es dann sein, auch die Landtagswahlordnung so konstruktiv, wie das bisher für die Gemeinderatswahlordnung der Fall war, umzusetzen.

Ich bedanke mich beim zuständigen Regierungsmitglied, beim Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl, dass er alle Kräfte hier im Haus in diese Gesetzwerdung miteingebunden hat. Was der Kollege Kölly gesagt hat, Bürgermeisterwahlleiter - ja oder nein.

Die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen und auch die künftige, die heute zu beschließen ist, lässt es dem Bürgermeister zu, Wahlleiter zu bestellen. Kein Bürgermeister, der selbst nicht Wahlleiter sein will, muss Wahlleiter sein. Die jetzige Möglichkeit sieht das ebenfalls schon vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir schaffen damit ein modernes Wahlrecht, dass es bei der kommenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen nicht nur im nächsten Jahr, sondern auch künftigen Generationen ermöglicht, mit Wahlkarten hier möglichst sicher zu wählen. Es ist die Anwendung der Wahlkarte eine weitere Möglichkeit, dass Personen, die sonst, ohne diese Einführung, nicht die Möglichkeit hätten, an der demokratischen Entscheidungsfindung teilzunehmen, dass hier der Kreis derjenigen, die wählen gehen können, etwas vergrößert wird.

Als Demokrat muss man alles daran setzen, dass die Wahlbeteiligung möglichst hoch ist. Wir werden dieser Novelle gerne unsere Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der OVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner zu Wort ist Landtagsabgeordneter Christian Illedits gemeldet.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, dass der heutige Beschluss dieser Novelle in der Gemeindewahlordnung schon sehr wichtig ist, weil ich denke, dass es schon wichtig ist, hier Ordnung zu schaffen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Wir wissen, dass dieser Skandal - und es war einer - der österreichweite Auswirkungen gehabt hat, natürlich auch etwas hervorgerufen hat, nämlich, eine Diskussion über dieses Wahlrecht in dieser geltenden Fassung der

Gemeindewahlordnung, infolge dann der Landtagswahlordnung. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Aber, eines möchte ich schon betonen: Man sollte nicht alle Politiker in einen Topf werfen. Dass ist nämlich damals nach der Wahl, nach dem Auffliegen dieses Wahlbetruges, passiert. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Die FPÖ hat versucht, alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Landes als Betrüger und Wahlfälscher hinzustellen und somit vermeintlich doch Schaden über das gesamte Burgenland gebracht.

Ich denke, das ist schwer abzulehnen, zu verurteilen, weil einer kann wirklich nicht für alle stehen und man kann hier nicht alle verdammen, die wirklich gute, ehrliche und hervorragende Arbeit leisten, Herr Kollege Tschürtz. (*Beifall bei der SPÖ*)

Aber, diese Diskussion war notwendig. Ich sage Ihnen aber auch ganz klar, dass ich bis zum heutigen Tage ein Verfechter des zweiten Wahltages bin. Nur, ich bin auch ein pragmatischer Politiker. Wenn ich in einer Koalition politisch lebe, dann ist mir ganz klar, dass ich das Machbare, das Umsetzbare in den Vordergrund der Überlegungen stelle.

Diese Novelle war nämlich jetzt ganz wichtig, weil es - mit Ausnahme der FPÖ - zu dieser Novelle einen breiten Konsens hier im Hohen Landtag geben wird. Dass ist das Entscheidende, das Wichtige, nämlich, die Absicherung für die Bürgerinnen und Bürger. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Wenn ich hier den Diskussionen zuhöre, dann weiß ich nicht genau, worum es geht. Uns geht es um die Wählerinnen und Wähler, um die Bürgerinnen und um die Bürger. In zweiter Linie geht es uns natürlich um die, die etwas verursachen können oder ob einer jetzt, wie auch immer, einer Schulung unterworfen werden soll oder muss, verpflichtend oder nicht verpflichtend.

Ich halte es an und für sich auch für wichtig, dass sich Bürgermeister ihres Amtes bewusst sind. Ob er jetzt Wahlleiter ist, oder nicht, bleibt ihm überlassen. Aber, Kraft seines Amtes kann er das sein. Wie jemand die Aufgabe des Bürgermeisters definiert, bleibt ja schlussendlich - Herr Kollege Kölly – (*Abg. Manfred Kölly: Das ist das Problem! - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) ihm überlassen oder schlussendlich anderen, die das zu beurteilen haben.

Aber, wenn Sie prinzipiell die Diskussion hier vom Zaun brechen wollen, was Politiker in welcher Funktion tun sollen, können und müssen, dann ist das natürlich eine andere Ebene. Große Gefahr gehen Sie allemal, dass Sie natürlich sagen wir setzen irgendwelche ein.

Sie haben gesagt, dass wir irgendwelche Leute einsetzen, die das machen sollen. Sehr interessant, denn Sie stellen sich damit hier her, und stellen sich anscheinend selber das Zeugnis der Inkompetenz aus. (*Abg. Manfred Kölly: Ich rede hier von Kompetenz, Herr Kollege!*)

Also, ich glaube, die meisten Bürgermeister sind sehr kompetent und machen das auch sehr gewissenhaft. Ich habe gesagt, die meisten sind sehr kompetent und machen das auch sehr gewissenhaft. (*Abg. Manfred Kölly: Alle sind sehr kompetent! Ich gratuliere! - Beifall bei der SPÖ*)

Nun aber zum zweiten Wahltag, Herr Kollege Tschürtz. Natürlich werden wir als SPÖ die nächstjährig stattfindenden Gemeinderatswahlen ganz genau beobachten.

Wir werden den Anteil der Briefwähler ganz genau beobachten und statistisch messen, wie sich im Sinne der Bürger dieser zweite Wahltag dann doch bezahlt machen könnte. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*) Das haben wir auch schon am Modell Steiermark gemacht. Die Kosten sind überhaupt kein Thema, denn das kostet nicht viel. (*Abg. Johann Tschürtz: Genau!*)

Die kleine Kommission geht. Eine Stunde pro Tag haben die Steirer offen. Es funktioniert, passt. Der Anteil der Wählerinnen und Wähler ist am zweiten Wahltag fast genauso hoch, wie jener der Briefkartenwähler. Es ist genauso ein probates Mittel. Ich bin allerdings ein pragmatischer Politiker, der sagt: In Ordnung, (*Abg. Johann Tschürtz: Umsetzung!*) das Machbare ist umzusetzen und das ist nun einmal wichtig.

Zum Zweiten. Was der Arbeiterkammerpräsident sagt. Natürlich sind wir auf einer Linie. Weshalb? Er hat die besten Erfahrungen als Arbeiterkammerpräsident mit diesem Mischsystem. Er hat nämlich dieses bei den AK-Wahlen. Da kann man direkt im Sprengel und in den Betrieben wählen, aber auch das Mittel der Briefwahl umsetzen und anwenden. (*Abg. Manfred Kölly: Dann schaut man einfach nach, wer noch nicht gewählt hat und dann ruft man einfach an! So schaut es doch aus!*)

Das heißt, im Prinzip weiß er das. Herr Kollege! (*Abg. Manfred Kölly: Ich weiß doch wie es dort läuft! Ich war doch 20 Jahre bei der Arbeiterkammer dabei! Erzähl mir doch nicht etwas anderes.*) Sie sind doch hinaus gewählt worden, kann ich mich erinnern. (*Abg. Manfred Kölly: Nein! Ich bin nicht hinausgewählt worden! Du kennst Dich eben nicht aus! Du warst nicht einmal noch dabei!*)

Irgend so etwas ist aber passiert. Sie haben nicht das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommen. Das ist natürlich tragisch, aber, es ist so. (*Abg. Manfred Kölly: Ich bin kein Sesselkleber. Das ist richtig! - Beifall bei der SPÖ*)

Herr Kollege! Noch kurz zum Thema lebendige Demokratie, weil ich nicht mehr etwas sagen muss, was viele schon gesagt haben. Für mich ist es natürlich wichtig und es wäre auch schön, wenn uns viele Menschen hier zuhören könnten und würden. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Aber, für mich spielt sich lebendige Demokratie natürlich notwendigerweise per Beschluss hier im Landtag ab. Aber, tatsächlich spielt sie sich bei den Menschen ab. Dort müssen wir hin, dort sind wir als SPÖ, mit denen sprechen wir, denen vermitteln wir unsere Überlegungen. Das werden wir ihnen direkt sagen. Das ist entscheidend. Hier ist es wichtig, aber wichtiger ist es, dort vor Ort mit den Menschen zu sprechen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Zu den Umfragen als Alternative habe ich Stellung genommen. Eines gehört natürlich gesagt. Ich glaube, wir haben jetzt mit dieser Novelle eine hohe Missbrauchssicherheit gewährleistet. Hundertprozentig wird man es nicht ausschließen können. Dass diese Briefwahl aber auch im Bundesgesetz verankert ist, muss man auch dazu sagen. Kollege Strommer hat es schon gesagt.

Dass, was wir hier umsetzen müssen, das tun wir natürlich auch. Aber, ich glaube, wir haben diesen Entwurf und diese jetzt noch nicht beschlossene Gesetzmäßigkeit, also die Fassung alt, schon sehr stark abgeklopft, ob irgendetwas noch passieren kann.

Wenn es auch dem Bürger, der Kollege Reimon hat es bereits gesagt, vielleicht eigenartig vorkommen wird, dass er jetzt noch eine Verständigung bekommt, weil er dort war und sich das, die Beantragung quasi, auch bestätigt bekommt, so glaube ich dennoch, dass das wichtig ist. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Das war ein wichtiger Punkt, weil man diese Schritte tatsächlich wirklich plastisch durchgespielt hat. Wir sagen, dass es keine Ersatzzustellung, sondern nur RSa persönlich gibt. Das heißt, damit schließt man aus, dass irgendjemand anderer übernimmt und somit irgendein anderer auch diese Wahl durchführt.

Ich glaube, man muss mit diesem höchsten Gut der Demokratie, nämlich dem Wahlrecht, sehr heikel sein. Es gibt noch immer Menschen auf dieser Welt, die sich dafür umbringen. Es ist deshalb ganz wichtig, sehr sorgsam und sehr behutsam mit diesem erworbenen, erkämpften Recht unserer Vor-Vor-Vorgenerationen umzugehen. Deshalb muss man da sehr heikel sein.

Ich denke, es ist hier gelungen, denn es war keine Abschreibübung. Wir haben hier in einigen Punkten, in Verhandlungen, die gut verlaufen sind, glaube ich, doch ein gutes Ergebnis erreicht. Wir wissen, dass wir eines aber schon vorher gemacht haben, ohne zu wissen was passieren kann. In Wien hat es doch von einer ÖVP-Kandidatin dann noch Postings gegeben, bitte nach wählen. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Nach der Wahl wählen. Das wäre ja gegangen. Das ist ja in Wien auch noch gegangen. Das haben wir im Burgenland schon vormals verhindert, weil wir gesagt haben, dass das bei uns nicht geht. Schließen des Wahllokals ist Aus und Ende. Das heißt, wir haben damals schon, ohne zu wissen, dass irgendetwas passieren kann, das gemacht.

Somit kann ich zum Schluss kommen. Wir haben jetzt keine Briefwahl light mehr, sondern sicherlich eine Briefwahl strong. Der Weg, glaube ich, bei der Diskussion über die Landtagswahlordnung, ist vorgegeben. Wir haben gesagt, wir können über alles diskutieren, aber der Leitfaden, der auch in den Diskussionen immer vorgegeben ist, ist eindeutig dieser, den wir jetzt auch bei dieser Wahlordnung eingeschlagen haben. Nochmals die Einladung auch an die FPÖ, denn vielleicht geht es doch noch, Herr Kollege Tschürtz.

Wir werden jedenfalls sehr gerne zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Bevor wir zur Abstimmung schreiten, möchte ich als zuständiges Regierungsmitglied und als Gemeindereferent ein Dankeschön aussprechen. Erstens einmal meiner Abteilung, allen voran dem Abteilungsvorstand-Stellvertreter Erich Hahnenkamp und allen Parteien.

Es haben alle im Landtag vertretenen Parteien hier mitgearbeitet und sich sehr konstruktiv eingebracht. Wir haben versucht, hier einen breiten Konsens zu finden. Das Ziel, und das wurde von den Vorrednern schon betont, nämlich, den Missbrauch bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen - wenn es geht - auszuschalten, ist erreicht worden. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Ein hundertprozentiges Ausschalten wird in einer unvollkommenen Welt nie gelingen. Es gibt immer wieder da und dort Schlupflöcher. Aber, wir haben uns bemüht, dieses Gesetz doch sehr wasserdicht zu gestalten. Zum Zweiten erfolgte eine Anpassung an bundesgesetzliche Regelungen. Der dritte Bereich, der bei den Parteiverhandlungen auch diskutiert wurde, war die Überlegung, wie lange Wahlkarten aufbewahrt werden sollen, Herr Abgeordneter Tschürtz. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Hier gibt es jetzt die Möglichkeit, und das sage ich ganz betont, dass dies so lange erfolgen soll, bis eine Wahlhandlung ganz abgeschlossen ist. Das bedeutet, wenn es hier einen Einspruch gibt, und die zuständigen Gremien - bis zum Obersten Gerichtshof - damit beschäftigt werden, dann können erst dann, wenn alles entschieden ist, diese Wahlkarten vernichtet werden.

Das bedeutet, hier gibt es keine Möglichkeit nach zu recherchieren, nach zu verfolgen, wie eigentlich gewählt wurde. Hier wird in Zukunft ein Missbrauch ebenfalls ausgeschlossen sein. Das möchte ich hier betonen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die Anregung des grünen Abgeordneten, nämlich, dass wir hier auf jeden Fall die Personen über einen RSA-Brief verständigen, dass sie eine Wahlkarte gelöst haben, die haben wir ebenfalls aufgenommen. Das wurde bereits betont. Es gibt jetzt, wie bereits gesagt, vier Möglichkeiten, wie man zu einer Wahlkarte, nämlich dann, wenn man sie beantragt hat, kommt. Die eine Möglichkeit ist, dass man sie persönlich abholt. Das ist, glaube ich, 100 Prozent wasserdicht.

Die zweite Möglichkeit ist mit Bevollmächtigung. Die dritte Möglichkeit ist über die Post und die vierte Möglichkeit ist, dass diese Wahlkarte über eine dritte Person zugestellt wird. In allen vier Möglichkeiten gibt es aber eine Gewissheit, eine Informationspflicht gegenüber demjenigen, der diese Wahlkarte dann in Anspruch nimmt, sodass ein Missbrauch ausgeschlossen ist.

Ich möchte eines noch betonen, nämlich, dass wir uns bereits jetzt schon im Vorfeld von - sagen wir - Vorwahlen befinden. Wir werden in einem Jahr die Gemeinderats- und die Bürgermeisterwahlen in allen 171 Gemeinden des Burgenlandes haben. Es laufen bereits jetzt die Vorbereitungsarbeiten.

Viele Bürgermeisterinnen oder Bürgermeister machen von den gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch und wenn sie eine Mehrheit im Gemeinderat haben, dass sie jetzt schon die Weichen, die personellen Weichen, stellen. Es gibt jetzt doch einige, die in den nächsten Monaten über den Gemeinderat zu neuen Bürgermeistern gewählt werden.

Denen biete ich auch als Gemeindereferent, so, wie allen anderen auch, die Zusammenarbeit an. Wir werden uns seitens der Gemeindeabteilung bemühen, dass wir, wenn es Beschwerden, wenn es hier Zurufe gibt, dass wir die sehr sachlich abarbeiten. Eines habe ich mit dem Herrn Landeshauptmann bereits ausgemacht. Wenn die Gemeindewahlordnung heute beschlossen wird und sie mit 1. Jänner 2012 in Kraft treten kann, dann wird es mit dem 7. Oktober 2012 im Burgenland einen Bürgermeister- und Gemeinderatswahltermin geben. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Man kann sich bereits darauf einstellen. Wir sind dabei, dass wir am Montag mit allen Parteien die Landtagswahlordnung behandeln. Ich hoffe, dass wir auch die demnächst hier im Landtag beschließen können. Es gibt hinsichtlich der Gemeindewahlordnung einen breiten Konsens, denn von den 36 Abgeordneten werden nur drei dieser Wahlordnung nicht zustimmen.

Immerhin ist das mit 90 Prozent der Mandatare, die sich für diese Wahlordnung aussprechen, ein breiter Konsens. Das ist, glaube ich ein gutes Zeichen der Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien.

In diesem Sinne noch einmal ein recht herzliches Dankeschön für dieses Konsenszuarbeiten betreffend dieser Wahlordnung. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich verzichte!)*

Herr Landtagsabgeordneter Mag. Thomas Steiner ist Berichterstatter zu beiden Tagesordnungspunkten. *(Abg. Mag. Thomas Steiner: Ich verzichte zu beiden!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet zu beiden Tagesordnungspunkten auf das Schlusswort, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die zwei Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 2. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den Gesetzentwurf, Beilage 297, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011), Zahl 20-186, Beilage 318.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird, (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011) ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter, beantragten Abänderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird, (Gemeindewahlordnungsnovelle 2011), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.